



**Prof. Dr. Erik Schweickert**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Schweickert: Koalition wird Abzocke durch unseriöses Inkasso stoppen

Berlin, 01.12.2011

**Prof. Dr. Erik Schweickert, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-71944  
Fax: +49 30 227-76944  
erik.schweickert@bundestag.de

*Anlässlich der Vorstellung der Fallstudie zu unseriösem Inkasso durch den vzbv am heutigen Tage erklärt der verbraucherpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Erik SCHWEICKERT:*

Unberechtigte Forderungen, Mahnschreiben und Drohkulissen durch unseriös agierende Inkassofirmen wird die christlich-liberale Koalition entschlossen bekämpfen. Einen entsprechenden Beschluss hat die FDP-Bundestagsfraktion bereits am 25.10.2011 gefasst und ein Maßnahmenpapier vorgelegt. Dabei ist es unser erklärtes Ziel, den schwarzen Schafe der Inkassobranche das Handwerk zu legen.

Verbraucher benötigen mehr Transparenz darüber, aus welchem Anspruch sich die Inkassoforderung ergeben soll. Dazu gehört die Nennung des Vertragspartners sowie Zeitpunkt, Ort sowie Art und Weise des Vertragsschlusses. Nur auf diese Weise ist es dem eigenverantwortlich handelnden Bürger überhaupt möglich, die an ihn gerichtete Forderung zu kontrollieren.

Um unverhältnismäßig hohe Gebühren durch Inkasso-Unternehmen zu unterbinden, sollte eine Begrenzung der Erstattungsfähigkeit außergerichtlicher Inkassokosten eingeführt werden. Auch ist zu prüfen, inwiefern unberechtigten Drohungen mit einer möglichen Datenübermittlung an Auskunftsteien (z.B. Schufa) besser begegnet werden kann.

Für die Aufsichtsbehörden muss ein effizientes Sanktionssystem eingeführt werden. Der Umgang der Gerichte mit der „Deutschen Zentralinkasso“ hat gezeigt, dass allein die Entziehung der Erlaubnis zur Ausübung des Inkassogewerbes als „ultima ratio“ kein ausreichendes Sanktionssystem darstellt. Deshalb halten wir ein abgestuftes Systems mit Geldbußen für sinnvoll und notwendig.

Da unlauteres Inkasso nicht selten in unheilvollem Zusammenspiel mit Abzocke aus unerlaubter Telefonwerbung steht, wird die christlich-liberale Koalition auch hier den bestehenden gesetzlich Rahmen zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher weiterentwickeln und entsprechende Schritte unternehmen.